

SKRIPT ZUR VORLESUNG

„Internationale und vergleichende Mediensystemforschung“

Prof. Dr. Kai Hafez

Medien- und Kommunikationswissenschaft, Universität Erfurt

17. April 2008: „Grundlagen der Mediensystemforschung: Demokratie- und Systemtheorie“

Was können oder müssen Öffentlichkeit und Medien in der Demokratie leisten? Wofür brauchen wir sie? Das Nachdenken über Meinungsfreiheit ist Jahrhunderte alt. Schon 1644 veröffentlichte John Milton seine Streitschrift „Areopagita“ gegen die Zensur. Seine Argument damals war: auch Zensoren können sich irren. Doch noch im 18. Jahrhundert bestand ein Verbot für englische Parlamentarier, sich öffentlich politisch zu äußern. Es existierte eine verbreitete Angst, der Bürger könne durch die verschiedenen Meinungen seiner Abgeordneten in Unruhe und Chaos geraten. England war zwar führend in seiner Umsetzung der parlamentarischen Demokratie, aber diese Demokratie war eine andere als wir sie heute kennen. Bürger sollte zwar wählen, die Staatsgeschäfte dann aber einer vorgeblich gut informierten regierenden Elite überlassen. Die Demokratie war hochgradig elitär. Das Volk sollte gelegentlich wählen, ansonsten aber schweigen.

Allmählich wuchs aber die Erkenntnis, dass Meinungsverbote nicht hilfreich waren. Was fehlte, war eine kommunikative Verbindung zwischen Bürger und Politiker. Der Politiker war zwar gewählt, aber seine Amtsperiode erstreckte sich über vier oder fünf Jahre, Entscheidungen waren zu fällen, die es durchaus sinnvoll erscheinen lassen konnten, mit den Wählern Rücksprache zu halten. Sonst drohten Legitimitätsverluste der Politik – nach Max Weber einer der wesentlichen Pfeiler der Macht –, Unruhe und, wie man heute sagen würde, „Politikverdrossenheit“ bis hin zur Bedrohung der Demokratie als System. Man bedenke: John Milton hatte sein Pamphlet für die Meinungsfreiheit mitten im englischen Bürgerkrieg geschrieben.

Langsam begann sich im Verlauf des 19. Jahrhunderts dann auch in den monarchischen Staaten wie Deutschland die Zensur zu lockern, ein Zeitungswesen entstand, die öffentliche politische Kommunikation entwickelte sich. Zu den berühmtesten Theoretikern, die diesen Prozess beschrieben haben, gehören in Deutschland Jürgen Habermas und in den USA Walter Lippmann wie auch der hier weniger bekannte John Dewey, auf den wir später noch kurz

eingehen. Habermas, der zur Frankfurter Schule gehörte, beschrieb in seinem weltberühmten Werk vom „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ wie sich im Verlauf des 19. Jahrhunderts eine Öffentlichkeit herausbildete, die eine intermediäre Sphäre zwischen Staat und Gesellschaft bildete. In ihr betrieben die Bürger ihr gesellschaftliches Gespräch über allgemein interessierende Fragen. Hier wurde der Politiker „gebrieft“, hier wurde über ihn gelästert und hier wurde seine Abwahl vorbereitet.

Berühmt geworden ist Habermas noch mit einer weiteren Schrift, der „Theorie des kommunikativen Handelns“, in der er das, was er im „Strukturwandel“ angedacht hatte, weiterentwickelte. Allerdings ist dieses Werk weithin nur in Fachkreisen bekannt, obwohl es einen interessanten Versuch unternimmt. Die diskursive Demokratie nach Art von Habermas ist nicht weniger als der Versuch, einen gangbaren Mittelweg zwischen der zum Legitimitätsdefizit neigenden *repräsentativen* und der im großen Nationalstaat nicht mehr realisierbaren *direkten Demokratie* aufzuzeigen. Abgesehen teilweise von der Schweiz hat eigentlich kein anderer moderner Nationalstaat eine direkte Demokratie aufbauen können, in der die Bürger unmittelbar über ihre Geschicke bestimmten, in Räten, Komitees, Ausschüssen und mit einem hohen Grad an Mobilisierung. Die kleinen Experimente, die es gegeben hat – etwa die berühmte Räterepublik Kurt Eisners nach dem Ersten Weltkrieg in München – scheiterten an der Überforderung des Menschen, in einer Art permanentem politischen Ausnahmezustand zu leben. Habermas aber betrachtet den öffentlichen Diskurs zwischen dem Bürgern und mit den Politikern als eine Art gangbaren Mittelweg: der Bürger geht seinem Beruf nach, lebt mit seiner Familie, er ist *nicht* Politiker – aber er bildet sich eine Meinung, denkt mit, redet mit und partizipiert über den Weg der öffentlichen Kommunikation.

In den theoretischen Auseinandersetzungen des 20. Jahrhunderts hat sich Habermas' idealistische Haltung nicht überall durchsetzen können. Bei der Beurteilung des Verhältnisses von Öffentlichkeit und Demokratie lassen sich drei große Richtungen unterscheiden, die alle zwar bestätigen, dass die Öffentlichkeit eine wichtige Einrichtung der Demokratie ist, aber mit gewaltigen Nuancen. Elitentheoretiker wie Paret und Schumpeter betrachten die Öffentlichkeit vor allem als die Sphäre, in der der Politiker den Bürger informiert, ihn auf dem laufenden hält, d.h. betont wird die Informationsfunktion des Staates. Pluralismustheoretiker wie Fraenkel gehen da schon weiter. Die Öffentlichkeit ist für sie ein Raum des Austauschs zwischen den Gewalten des Staates und den organisierten Vertretern von Gesellschaftsinteressen, nehmen wir als Beispiele Parteien und Gewerkschaften. Was aber ist mit Lobbyisten? Sie sehen schon, hier wird es schwierig: Wer vertritt denn legitime Gesellschaftsinteressen außerhalb der Reihen der gewählten Staatsvertreter? Eine dritte Richtung, die zivilgesellschaftliche Demokratietheorie (z.B. Leggewie) geht daher weiter und sagt: es muss eigentlich gelingen, alle Bürger

in den öffentlichen Diskurs einzubinden. Diese Richtung könnte auch argumentieren, dass wir längst so etwas wie einen „Wandel im Wandel“ erleben. Unsere Gesellschaft unterscheidet sich erheblich von der des 19. Jahrhunderts: bessere Schulabschlüsse, bessere Einkommens- und Bildungslagen einer breiten Mittelschicht, die „nivellierte Klassengesellschaft“, wie der Soziologe Schelsky das genannt hat. Kurzum: die Gesellschaft als Ganzes wird immer gebildeter und qualifizierter, umso wichtiger scheint es also, dass sie auch mitredet. Die Zivilgesellschaftstheoretiker bezweifeln, dass die Politiker heute die Lösung für Probleme der immer differenzierter werdenden Lebenswelten in der Hand haben. Sie betrachten Politiker als eine Art ausführendes Organ der öffentlichen Meinung einer zunehmend differenzierten Gesellschaft. Was diese These unterstützt ist die Tatsache, dass im Bundestag heute sehr viele Juristen sitzen, eher Leute also, die politische Phantasie umsetzen als dass sie sie selbst erzeugen. Während Eliten- und Pluralismustheorie vor allem in der Politikwissenschaft verbreitet sind, hat in der Kommunikationswissenschaft die sehr weitgehende Vorstellung von der Öffentlichkeit als einem gesamtgesellschaftlichen Dialog etwa bei Habermas größere Konjunktur.

Sie können sich vorstellen, dass je anspruchsvoller die Demokratietheorie in ihren Anforderungen an die Öffentlichkeit wird, je größer der Kreis derjenigen wird, die hier interagieren sollen, um so größer werden auch die Probleme für die Kommunikationstheorie. Was genau ist denn nun diese öffentliche Meinung, wie fängt man politische Haltungen von 80 Millionen Deutschen ein? Und zwar tagtäglich, zu zahlreichen Themen? In den großen Nationalstaatsverbänden der heutigen Zeit gibt es offensichtlich einen deutlichen Verlust an Primärerfahrung zu beklagen, die Unfähigkeit nämlich, wie in der alt-Athener Agora-Demokratie physisch anwesend auf einem Marktplatz zu debattieren. Bei dem Versuch, 80 Millionen Deutsche zu versammeln, werden sie feststellen: so einen Platz gibt es gar nicht. Glücklicherweise aber gibt es die Massenmedien. Die moderne Massendemokratie braucht die Massenmedien als Mittler im öffentlichen Diskurs zwischen dem Bürger und Bürger sowie zwischen Bürger und Politiker. (Den Begriff der Massenmedien möchte ich heute zunächst auf Presse und Rundfunk/Fernsehen beschränken und das Internet ausblenden.) Leider aber ist auch diese Form der Kommunikation nicht problemfrei. Bedenken sie nur diese Paradoxie: da befreit sich die Demokratie durch die Erfindung der Öffentlichkeit von der Qual der Repräsentation, sucht nach dem direkten kommunikativen Kontakt zwischen Bürger und Politiker, nur um sich erneut *repräsentieren* lassen zu müssen, und dieses Mal nicht einmal von gewählten Politikern, sondern von ungewählten Medien und Journalisten. Journalisten besitzen kein demokratisches Wahlmandat, um das zu tun, was sie tun, wenn sie behaupten, die *öffentliche Meinung* sei identisch mit der in ihrem Medium *veröffentlichten Meinung*. Auf dieses Legitimationsdefizit des Journalismus haben verschiedene Kommunikationswissenschaftler hingewiesen, etwa Wolfgang Donsbach von

der Universität Dresden. Sie alle sollten sich an die Geschichte Alfred Hugenburgs erinnern, der in der ersten deutschen Demokratie von Weimar als großer Medienverleger seine Medienmacht dazu benutzte, um die Hitler-Diktatur vorzubereiten. War die Medienöffentlichkeit Hugenburgs Volkes Meinung? Fraglich, denn Hitler hatte in freien Wahlen nie mehr als ein Drittel der Wählerstimmen erhalten. Die Mediatorenfunktion des Journalismus war bei politischen Verlegern wie Hugenberg ernsthaft in Frage gestellt. Als der Studentenfürer Rudi Dutschke 1968 von einem deutschen Extremisten erschossen wurde, fand man bei dem Täter zu Hause rechtsradikale Zeitschriften, die deutlich dazu aufforderten, Dutschke als Feind des Staates zu beseitigen. Auch hier ein deutlicher Missbrauch des Öffentlichkeitsfunktion durch unverantwortliche Medien.

Die junge Bundesrepublik hat nach dem Zweiten Weltkrieg aus diesen Erfahrungen zu lernen versucht. Für unterschiedliche Mediensektoren schreiben deutsche Mediengesetze Binnen- oder Außenpluralismus vor, also Meinungsvielfalt innerhalb eines Mediums oder zumindest innerhalb einer Mediensparte. Aber reichen diese medienpolitischen Sicherungen aus? Zahlreiche Phänomene in heutigen Mediendiskurs Deutschlands und anderer westlicher Staaten lassen fraglich erscheinen, ob die Medien die ihnen von der Demokratietheorie zugewiesene Rolle auch erfüllen. Politiker nutzen gezielt die Medien zur PR-Zwecken, sie lancieren Nachrichten, die nicht nur ihre eigenen Interessen widerspiegeln, was zumindest im Sinne der Elitetheorie ja noch akzeptabel, sondern direkt falsch und propagandistisch sind und damit auch die minimale Informationsfunktion in der Demokratie nicht erfüllen – denken sie an die Kriegslügen der amerikanischen Administration vor dem Irakkrieg 2003. Politiker umgehen zudem die institutionelle Demokratie der Parteien und Gremien, indem sie Politik an diesen Institutionen vorbei über den Kanal der Medien betreiben – erinnern sie sich daran, wie daran, wie Angela Merkel Helmut Kohl stürzte, über einen FAZ-Artikel. Eine führende Klasse von Politikern nutzt die Publizität von Talk-Shows zur elitären Selbstdarstellung politischer Positionen, selten aber, um sich, wie im Ideal der demokratischen Öffentlichkeit vorgesehen, mit dem Bürger auseinanderzusetzen, was nicht im Sinne der Ideen von Habermas sein kann. Medien nutzen schließlich Politiker, um ein ihren kommerziellen Nachrichtenfaktoren von Aktualität, Konflikt und Personalisierung entsprechendes verkaufsträchtiges Medienangebot zu machen – „Politainment“, das die oft viel wesentlicheren, aber langweiligeren und komplexeren politischen Detailfragen in den Hintergrund drängt.

Im Unterschied zur Demokratietheorie ist die *Systemtheorie* weniger normativ aufgeladen, sie erwartet nicht, dass die Medien als Agenten der Demokratie fungieren, sondern ermöglicht ein unvoreingenommenes Betrachten der Funktionen, die Massenmedien *tatsächlich* ausüben. Was leisten die Medien wirklich, und leisten sie auch nur annähernd das, was sie aus

demokratiethoretischer Sicht leisten sollten?

Niklas Luhmann und andere Systemtheoretiker betrachten die Medien als Teil eines größeren Gesellschaftssystems, in dem sie ihre Aufgabe übernehmen. Massenmedien sind Subsysteme einer Gesellschaft und erfüllen eine originäre Aufgabe. Sie beobachten die sie umgebende Umwelt, vor allem die anderen Teilsysteme der Politik, des Rechts und der Wirtschaft usw., und sie reduzieren die informative Komplexität ihrer Umwelt auf ein für uns alle verdaubares Maß. Sie generieren Informationen und strukturieren die öffentliche Debatte durch das Aufgreifen bestimmter Themen. Ohne diese Verdichtungsleistung wären wir alle permanent überfordert, denn die Zahl der Themen und Informationen ist prinzipiell unbegrenzt. Die Medien erfüllen also eine wichtige Orientierungsleistung. In dieser Aufgabe liegt ihre Existenzberechtigung, aber zugleich auch die Aufforderung nach Autonomie. Ohne Autonomie hört ein System auf, zu existieren, es existiert dann allenfalls noch als Annex eines anderen Systems. Systeme entstehen, so sagt Luhmann, durch die *Differenz* zwischen sich und ihrer Umwelt. Aber Autonomie ist nicht Autarkie, sondern ein System verarbeitet Umweltinformationen nach systemeigenen Regeln. Natürlich bedeutet diese Abhängigkeit von der Umwelt auch, dass die Medien zu Anpassungen gezwungen werden können und dazu, ihre Autonomie wegen schwieriger Umweltbedingungen kurzfristig einzuschränken oder neu zu definieren. Die Umwelt kann ein Teilsystem quasi zwingen, seine Leistungen so anzupassen, dass das Überleben des Gesamtsystems gesichert erscheint, auch wenn die Leistungen des Teilsystems selbst dabei eingeschränkt werden sollten. Der Kommunikationswissenschaftler Michael Kunczik hat dieses Spannungsverhältnis zwischen Autonomie und Anpassung einmal treffend als „Fließgleichgewicht“ betrachtet. Im Gesellschaftssystem sind die Beziehungen der Teilsysteme zueinander ständig im Fluss. Dabei allerdings scheint das System der Massenmedien, wie wir es in der westlichen Industriestaaten derzeit kennen, durchaus in der Lage zu sein, seine Autonomieleistung derart flexibel zu definieren, dass verschiedene Formen von Demokratie, ja selbst verschiedene Elemente politischer Herrschaft damit vereinbar sind. Die Autonomiedefinition der Systemtheorie scheint nicht identisch mit der der Demokratietheorie.

Einer der deutlichsten Fälle der letzten Jahre zeigte sich im Verhältnis von Presse und Rundfunk in den USA zur amerikanischen Administration im Irakkrieg 2003. Sämtliche Umweltsysteme drängten amerikanische Medien zu einer Einschränkung ihrer kritischen und ausgewogenen Berichterstattung und zu einer patriotischen Einseitigkeit, in der auch Propaganda der Regierung unkritisch weitergegeben wurde: die politische Elite von Regierung und Opposition rückte zusammen, Demokraten und Republikaner wollten den Krieg und sendeten einseitige Signale in die Medien, und in der Bevölkerung wuchs nach anfänglicher Skepsis eine patriotische Grundstimmung. Die Medien gaben diesem Druck nach, selbst gestandene Nachrichtenleute bekannten sich dazu,

nicht mehr Journalisten, sondern nur noch Patrioten zu sein, die letzten Kritiker wurden von den Fernsehbildschirmen verbannt. Das Beispiel zeigt paradigmatisch, wie die Medien *als System* überstehen können, wie sie ihre Systemziele von der Information zur Unterhaltung verlagern können – denken sie an die „embedded journalists“ –, während sie gleichzeitig weit vom Habermasschen Ideal der öffentlichen Meinung abweichen.

Minderheitenpositionen wurden in den großen Medien nicht mehr abgebildet und kritische Positionen aus Europa und anderswo weitgehend ignoriert. Im Sinne der Demokratietheorie war das in jeder Hinsicht dysfunktional, denn nicht einmal die Minimalleistung einer wahrgemäßen Information der Bürger über die Handlungen der gewählten Politik und des Staates wurde erbracht. Im Sinne der funktionalistischen Systemtheorie jedoch hatte die Handlungsweise der Medien ihnen das Überleben gesichert, sie waren politischer Zensur und Käuferboykotts zuvorgekommen.

Nicht nur in so außergewöhnlichen Zeiten wie Kriegen, so sagen viele Kritiker, weicht die tatsächliche Funktion unserer Mediensysteme von ihrer demokratietheoretisch wünschenswerten Leistung ab. Edward Hermans und Noam Chomskys Kritik etwa, die sie in ihrem berühmten Buch „Manufacturing Consent“ dargelegt haben, wirft den amerikanischen Medien eine systematische Verfälschung mit dem Wirtschaftskapital vor, die zusammen mit den politischen Eliten das Volk manipulieren. Es herrscht, so würde man es im Sinne der modernen Systemtheorie sagen, eine „Interpenetration“ verschiedener Subsysteme von Medien, Politik und Wirtschaft, die sich heimlich, still und leise zu einem einheitlichen System zusammengetan haben, wobei etwa Politiker und Journalisten ein informelles Tauschgeschäft pflegen, nach dem Motto: Du gibst mir möglichst exklusive Information, ich dir dafür wohlwollende Berichterstattung, was wiederum deutlich die Autonomie der Medien im Sinne der Demokratietheorie gefährdet. Dass das Mediensystem dennoch nicht gänzlich dysfunktional geworden ist, liegt daran, dass es konkurrierende journalistische Reviere gibt und zumindest in Nicht-Kriegs-Zeiten die Konkurrenzverhältnisse innerhalb der Eliten für den Anschein einer öffentlichen Auseinandersetzung sorgen.

Aber diese Strömungs- und Organisationsdifferenzen zwischen den Medien bilden das Mediensystem nicht ausreichend ab. Das Mediensystem als Ganzes trägt durchaus einheitliche Züge und ist durch Mechanismen gekennzeichnet, die hinsichtlich ihrer Leistungsfähigkeit für die Demokratie im Auge behalten werden müssen. Namentlich zu nennen ist das System redaktionsexterner Informationsgeber, vor allem der Nachrichtenagenturen. Sie leisten einen wichtigen Dienst, in dem sie dem Mediensystem über die Größenordnung des einzelnen Verlags und der Anstalt hinaus eine thematische Orientierung geben und die Gesellschaft als Ganzes mit Themen versorgen. Ein öffentlicher Diskurs, in dem jedes Medium seine eigene Themenagenda ungeachtet dessen

verfolgt, was andere Medien oder die Agenturen als aktuell wichtig betrachten, wäre eine Gesellschaft ohne öffentlichen Resonanzboden – wir würden geradezu untergehen in der Kakophonie der Problemstellungen, und ein *Diskurs* im eigentlichen Sinne eines Interagierens, Eingehens und Reagierens in einer problemlösungsorientierten Debatte wäre nicht möglich. Allerdings entstehen aus der Zentralstellung der Agenturen auch Gefahren der politischen Manipulation. Die oft zu große Vereinheitlichung der Medienagenda lässt allzu viele weltweit wichtige Themen unter den Tisch fallen, und, im Grunde genau so schlimm, die Agenturen dienen in ihrer relativen Ressourcenschwäche als Einfallstore für politische Öffentlichkeit. Vielleicht die Hälfte aller von den Agenturen verarbeiteten Quellen sind nicht eigenrecherchierte Artikel, sondern umformulierte PR, die den Agenturen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zugespielt werden. Dies wäre so lange nicht weiter schlimm, wie die Medien dabei ihre systemspezifischen Leistungen der Auswahl und Verarbeitung von Information aufrecht erhielten. Wir wissen aber durch viele Untersuchungen, dass Medien Agenturberichte, die eigentlich verkappte PR-Meldungen sind, oft geradezu wortgetreu übernehmen. Das Agentursystem ist also ein Einfallstor politischer PR in den Journalismus. Einseitige Information oder gar Desinformation erreicht so den Konsumenten über den Umweg einer scheinautonomen Institution. Es ist sicher nicht zu viel gesagt, wenn ich behaupte, dass Medien gerade vor dem Hintergrund der sog. „Pressekrise“ der letzten Jahre, des Personalabbaus bei gleichzeitig steigender Konkurrenz, erschwerten Umweltbedingungen ausgesetzt gewesen, an die sie sich vielfach durch eine Verringerung ihrer systemeigenen Leistungen – Stichworte Quellenprüfung, Investigation usw. – angepasst haben.

Wir werden an dieser Stelle sicher keine abschließende Bestandsaufnahme von Leistungen und Versagen des Mediensystems vor dem Hintergrund demokratiethoretischer Erwartungen tätigen können – es kommt mir im Moment auch lediglich darauf an, dass sie den prinzipiellen Unterschied theoretischer Betrachtungen im Ansatz verstehen und sie als Erklärungsmodelle für ihre Arbeit nutzen. Wir als Kommunikationswissenschaftler haben die Nahtstelle zwischen Öffentlichkeitstheorie und Systemtheorie im Auge zu behalten. Ich will ihnen noch einige Probleme nennen, die hier einzuordnen sind. Eine unserer größten Fragen besteht heute darin, wie wir nicht nur die Eliten – fair, ausgewogen – in die Medien abbilden, sondern wie auch alle andere Bürger am öffentlichen Diskurs teilhaben können. Über den Grundtatbestand, dass Menschen in einer Gesellschaft unterschiedlich privilegiert in ihrem Zugang zu den großen Massenmedien sind, kann es keinen Zweifel geben. Es stellt sich also die Frage, in welcher Weise die organisierte Öffentlichkeit oder auch die unorganisierte öffentliche Meinung Zugang zu den Medien findet.

Die Systemtheorie unterscheidet nicht nur zwischen System und Umwelt,

sondern innerhalb der Umwelt noch einmal zwischen Umweltsystemen und Systemumwelten. Die Unterscheidung zwischen Systemumwelt und Umweltsystem der Massenmedien ist in der Forschungsliteratur bisher wenig präzisiert worden, so dass eine definitorische Klärung notwendig erscheint. Ein organisiertes System A kann für ein anderes System B zu einem „Umweltsystem“ werden und aktiv auf dessen Entwicklung einzuwirken versuchen, beispielsweise im Fall rechtlicher oder machtpolitischer Eingriffe der Judikative oder der Exekutive auf das Mediensystem. Die „Systemumwelt“ enthält über die Umweltsysteme hinaus disperse, nicht-organisierte Umweltfaktoren, zu denen etwa ein großer Teil der Medienkonsumenten und des nicht-organisierten Publikums gehören. Diese Unterscheidung ist insofern wichtig als Anpassungserscheinungen an disperse Umwelten ausschließlich innerhalb des Mediensystems vonstatten gehen, da den Medien ein handelndes Gegenüber fehlt, während Umweltsysteme eigenständig im Sinne eines Steuerungsinteresses und ihrer eigenen Systemprogrammierung aktiv werden können. Umweltsysteme der Medien existieren nicht nur im politisch-wirtschaftlichen Komplex, sondern auch in der weiteren Öffentlichkeit bei Organisationen, Institutionen und gesellschaftlichen Bewegungen, die als Akteure auftreten können.

Im dualen deutschen Mediensystem wird den Interessen der organisierten Öffentlichkeit zumindest in Teilen Rechnung getragen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk – Radio und Fernsehen – basiert auf einer gremialen Struktur, die vor allem den politischen Parteien, aber auch anderen Institutionen wie den Kirchen eine Stimme gibt. Der Programmauftrag der Öffentlich-Rechtlichen ist ein anderer als der der privaten Medien und orientiert sich stark an pluralismustheoretischen Leitgedanken. Dies ist in den USA, das fast ausschließlich auf private Medien setzt, grundsätzlich anders. Trotz der nominellen Systemdifferenz zwischen Deutschland und den USA sowie zwischen privaten und öffentlich-rechtlichen Medien *in Deutschland* muss der Kommunikationswissenschaftler allerdings fragen: inwieweit kommen die Öffentlich-Rechtlichen ihrem Repräsentationsauftrag gegenüber der Gesellschaft auch wirklich nach? Von den USA wissen wir, dass die gesamte Friedensbewegung des Landes vor dem Irakkrieg fast aus den Medien verbannt wurde. Für die deutschen Medien sind mir keine relevanten Untersuchungen bekannt, die eine Verallgemeinerung des Verhältnisses der Darstellung von staatlichen Eliten und gesellschaftlichen Gegeneliten erlauben würde. Ich möchte allerdings in diesen Tagen, in denen das Gedenken an die Studentenrevolte von „68“ in aller Munde ist, daran erinnern, dass diese Bewegung auch im deutschen Fernsehen der damaligen Zeit keinen leichten Stand hatte. Das öffentlich-rechtliche System reagiert auf die Impulse etablierter Gesellschaftskräfte, es tut sich aber unter Umständen mit sich neu bildenden sozialen Bewegungen sehr viel schwerer, zumal wenn diese in direkter Opposition zur etablierten Institutionenlandschaft stehen. DIE GRÜNEN

brauchten lange, um sich aus der sehr negativen Berichterstattung der Medien zu befreien. Es muss also in Frage gestellt werden, ob und wie weit die öffentlich-rechtlichen Medien das alternative Meinungsspektrum, die berühmte „Gegenöffentlichkeit“ einer Gesellschaft, wirklich vollständig abbilden können. Moderne Politikaktivisten wie Greenpeace haben allerdings im Laufe der Jahre gelernt, die Nachrichtenfaktoren, also die kommerziellen und sensationalistischen Reflexe, die auch öffentlich-rechtlichen Systemen vor allem in der Konkurrenz zu den privaten Medien nicht fremd sind, für ihre Zwecke zu nutzen. Die Gegenöffentlichkeit, so sagt zum Beispiel der israelische Wissenschaftler Gadi Wolfsfeld, verfügt zwar über weniger institutionelle und informelle Zugangsmacht zu den Medien als die Eliten, aber sie kann durch „ungewöhnliches Verhalten“ ihre Beachtung durch die Medien fördern. Greenpeace erregte Aufsehen durch spektakuläre Umweltaktionen auf offener See. Aber leben wir deswegen schon in einer „Greenpeace-Demokratie“, in der jeder, wenn er sich nur in Szene setzt, auch von den Medien beachtet wird? Wird der öffentliche Diskurs von den Medien in einer partizipativen Art und Weise gestaltet, die auch weitgehenden Visionen der Demokratietheorie entspricht?

Weitergehend noch als Jürgen Habermas war ein anderer in Deutschland fast vergessener Öffentlichkeitstheoretiker, John Dewey, der bekannteste Philosoph des amerikanischen Pragmatismus. In einer Replik auf den Zeitgenossen Walter Lippmann, der in Europa weitaus bekannter ist und der einen elitentheoretischen Ansatz verfolgte, legte Dewey in „The Public and Its Problems“ im Jahr 1927 seine Vorstellungen von einer aktiven kommunikativen Teilhabe des Bürgers am öffentlichen Diskurs dar, eine Teilhabe, die sich fundamental von der One-Way-Kommunikation der üblichen Massenmedien und dem herkömmlichen Sender-Empfänger-Muster löste. Mittlerweile ist Dewey zum Helden der amerikanischen Public-Journalism-Bewegung geworden und einer der Kronzeugen der neuen Internet-Öffentlichkeit. Im Sinne Deweys geht es darum, nicht nur Eliten und organisierte Gegeneliten in den Medien abzubilden, sondern den demokratischen Souverän, das Volk. Die Public-Journalism-Bewegung behauptet, dass dies auch in herkömmlichen Medien besser als bisher gelingen könnte, wenn die heutigen Medien ihre Leitbilder änderten. Eine Projektstudie der Kommunikationswissenschaft in Erfurt ergab, dass etwa beim Thema „Europa“ von Politikern und Medien gerne die Bürgerferne dieses Projekts beklagt wird, aber Bürger nur äußerst selten Gesprächspartner des Journalismus sind. Die Berichterstattung ist eliten-, wenn nicht gar regierungszentriert. Natürlich wird man den Idealisten in der Nachfolge Dewey entgegen müssen, dass radikale Öffentlichkeitskonzepte dieser Art schon lange bestanden haben, man denke nur an Bert Brechts „Radiotheorie“ oder Hans Magnus Enzensbergers „Baukasten einer Theorie der Medien“ aus den 1960er Jahren. Dennoch zeigt die Rezipientenforschung, dass es wohl Grenzen der Mobilisierbarkeit zumindest im politischen Themenbereich gibt, da ein Teil der

Bevölkerung an diesen Dingen kein Interesse zeigt. Auch ist gegenüber kommunitaristischen Politikmodellen der Demokratie, die die Elitenorientierung der Medien durch eine erzwungene Bürgerorientierung ersetzen wollen, Vorsicht geboten. Beides kann in eine Art Meinungsdictatur eloquenter Minderheiten abrutschen und zu einem Autonomieverlust der Medien mutieren. Dennoch sollte die Kommunikationswissenschaft den Blick dafür schärfen, wie man die kommunikative Beteiligung des Bürgers stärken kann. Sie muss die Differenz zwischen demokratiethoretischem Anspruch und tatsächlicher inklusiver Systemleistung im Blick behalten. Wenn es richtig ist, dass man die Geschichte der Demokratie auch als Geschichte eines veränderten kommunikativen Verhältnisses zwischen Politik, Gesellschaft und Medien schreiben kann, dann ist es wichtig darüber nachzudenken, ob ein mögliches Systemversagen der Demokratie, von dem heute manche Politiker und Beobachter sprechen, Politikverdrossenheit und Wählerunlust, nicht auch mit Defiziten praktizierter Öffentlichkeit in Verbindung zu bringen sind. Vielleicht ist es nicht immer die Politik, sondern manchmal auch die Art und Weise, wie die Medien die Politik *darstellen*, die die Legitimität der Politik in Frage stellt.

Die Demokratiethorie kennt viele weitgehende, geradezu radikale Visionen, aber erst die Synthese mit der Systemtheorie (oder auch mit Handlungstheorien) verschafft einen realistischen Einblick in die Funktion der Medien. In der Systemtheorie entspringt, verkürzt gesagt, einer biologistischen Metapher, wonach es Massenmedien primär um ihr eigenes Überleben geht und nicht zwangsläufig um die Erfüllung normativ wünschenswerter Aufgaben der Demokratie. Medien können der Demokratie dienen, sie tun es aber nicht zwangsläufig, auch nicht in den entwickelten westlichen Demokratien. Das Mediensystem kann noch funktionieren, wenn es aus demokratischer Sicht längst dysfunktional gewesen ist, denken sie an die sehr selbstkritische Bilanz der New York Times ein Jahr nach dem Irakkrieg: Tenor: „Wir haben uns reinlegen lassen, wir haben die Menschen in die Irre geführt, wir haben versagt.“

Wichtig ist die Erkenntnis, dass zwischen dem *Idealtyp* des Mediensystems im demokratischen System und dem *Realtyp* immer eine mehr oder weniger große Kluft liegt, die wir als Studenten der politischen Kommunikation erforschen müssen. Wichtig ist dies auch für die folgenden Ausflüge in die *vergleichende* Mediensystemforschung. Die berühmten „Four Theories of the Press“, in denen Frederick Siebert im Jahr 1963, also während des Kalten Krieges, die Mediensysteme der Welt im wesentlichen in freie und unfreie Systeme unterteilte, müssen heute sicher überdacht werden, da sie sich selten in Reinform abbilden. Auch über manch anderes Thema, das heute nicht zur Sprache gekommen ist, etwa die Steuerungsfunktion der *Medienethik*, mit der man immer wieder versucht hat, die Lücke zwischen Medien und Demokratie zu schließen, indem man den Medien Neuprogrammierung verordnet, wird zu reden sein.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!